

**„In den Jahren 1939—1942
wurden vom ehemaligen Aspangbahnhof
zehntausende österreichische Juden
in Vernichtungslager transportiert
und kehrten nicht mehr zurück“**

Niemals vergessen!

Nie wieder Faschismus!

**Mahnwache und Kundgebung
Freitag, 9. November 2018, 18 Uhr**

**Gedenkstein vor dem ehemaligen
Aspangbahnhof (Platz der Opfer der
Deportation, 1030 Wien)**

Zu dieser Kundgebung rufen auf:

Abg. z. NR a. D. Albert Steinhauser; Abg. z. NR a. D. Karl Öllinger; Abg. z. NR a. D. Madeleine Petrovic; Abg. z. NR Jan Krainer; Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG); ARGE Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung; BEIGEWUM; BR Niki Kunrath – Die Grünen Leopoldstadt; BR Susanne Empacher – KPÖ Landstraße; Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en; David Schalko; Die Grünen Landstraße; Die Grünen Wien; Doron Rabinovici (Republikanischer Club); Eva Lachkovics – Die Grünen Frauen Wien; Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB); Grüner Klub im Rathaus; Infoladen Wels; Initiative Aspangbahnhof; Israelitische Kultusgemeinde Wien (IKG Wien); Jüdische Österreichische HochschülerInnen (JÖH); Kommunistische Partei Österreichs – Wien (KPÖ-Wien); KZ-Verband/VdA Bundesverband; Landesverband NÖ KZ-Verband/VdA; Landesverband Wien KZ-Verband/VdA; Lucia Heilman; Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ); Österreichische KZ-Vereinigung Buchenwald; Peter Menasse; Plattform Die Bunten – The Global Player Magazin; Plattform Novembergedenken; Prof. Rudolf Gelbard; Redaktion „Akin“; Republikanischer Club Wien – Neues Österreich; Romano Centro – Verein für Roma; Sozialistische Jugend Wien (SJ-Wien); Sozialistische Linkspartei (SLP); SPÖ – Bezirksorganisation Landstraße; SPÖ – Klub im Wiener Rathaus; SPÖ – Sektion Eurogate; Svetlana Teutscher; Unabhängiges Antifaschistisches Personenkomitee Burgenland; Verein GEDENKDIENTST; Verein Internationaler Zivildienst; Verein Steine des Gedenkens für die Opfer der Shoah; Wien Anders

Kundgebungsort



Niemals vergessen!

Woran gedenken wir am 9. November?

Schon in der Nacht vom 11. zum 12. März 1938, also anlässlich des Einmarsches der deutschen Wehrmacht in Österreich, begannen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden in Österreich. Viele wurden von SA- und HJ-Leuten wie von „einfachen“ Parteimitgliedern, die sich ihre Hakenkreuzbinden und Orden angeheftet haben, verhaftet, geschlagen und öffentlich gedemütigt. Fensterscheiben wurden eingeschlagen. Juden und Jüdinnen wurden gezwungen Parolen, welche Anhänger des austrofaschis-



Der Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspangbahnhof

tischen Bundeskanzlers Schuschnigg am Vorabend des „Anschlusses“ auf Wände und Gehsteige geschrieben haben mit Reib- und Zahnbürsten wegzuwaschen. Wiewohl mancher der Schaulustigen ihre Bekannten und FreundInnen unter den Gedemütigten erkannt haben mußte, hat niemand den Mut aufgebracht zu protestieren – was zu diesem Zeitpunkt sowohl möglich als auch sinnvoll hätte sein können. Mit diesen Erniedrigungen begann die systematische Diskriminierung der österreichischen Juden und Jüdinnen. Umso heftiger als im „Altreich“, weil in Österreich die Entwicklung, die in Deutschland fünf Jahre gedauert hatte, in kürzester Zeit über die Betroffenen hereingebrochen ist.

Etwa 200.000 ÖsterreicherInnen wurden nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ zu „Juden“ erklärt, wobei etwa 180.000 von ihnen tatsächlich der jüdischen Religion angehörten. Die Nazis begannen mit Berufsverböten und Ausbildungsbeschränkungen, Juden und Jüdinnen wurden in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das erste Ziel war es, die jüdische Bevölkerung aus dem öffentlichen Leben zu drängen. Dann sollte ihr die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen und nicht zuletzt: gleich ob Arm,

ob Reich, ihr gesamtes Vermögen geraubt werden und dieses zumindest nach Willen der Nazi-Granden in die Kassen des „Dritten Reiches“ fließen – obwohl sich auch manch anderer dabei „bedient“ hatte.

Adolf Eichmann, ein strebsamer Biedermann im Dienste des Sicherheitsdienstes (SD) der SS, wurde nach Wien beordert, um die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ aufzubauen. „Auswanderung“ hieß die Beschönigung für das Vorhaben der Nazis, möglichst viele Jüdinnen und Juden aus Österreich zu vertreiben. Doch davor sollte sichergestellt werden, daß diese nicht mehr als die notwendigsten Habseligkeiten mit sich nehmen konnten, der gesamte übrige Besitz wurde beschlagnahmt.

Trotz des stetig zunehmenden Terrors durch die Nazis konnten und wollten viele die Heimat nicht Hals über Kopf verlassen. Besonders älteren Menschen fiel das schwer.

Die führenden Nazis hatten schon lange auf einen Anlaß gewartet, die JüdInnenverfolgung zu verschärfen. Sie brauchten einen Vorwand, mit dem sie diese v. a. auch gegenüber dem Ausland rechtfertigen und gegenüber der eigenen Bevölkerung die Akzeptanz dafür erhöhen konnten.

Der 9. November 1938 – die Bedeutung des Novemberpogroms

Der 17-jährige Herschel Grynszpan schoß am 7. November in Paris als Protest gegen die JüdInnenverfolgung auf den deutschen Diplomaten Ernst v. Rath, nachdem seine Eltern und Geschwister aus Deutschland nach Polen abgeschoben worden waren. Nachdem Rath kurz später starb, organisierte Joseph Goebbels am 9. November 1938 eine reichsweite Aktion gegen die jüdische Bevölkerung, welche als „spontaner Ausbruch des Volkszorns“ getarnt wurde.

Diese Aktion wurde wegen der gelegten Feuer, welche sich in den zerbrochenen Fensterscheiben wie „Kristalle“ spiegelten beschönigend „Reichskristallnacht“ genannt. Diese Nacht dauerte tatsächlich mehrere Tage und Nächte. Nun wurden tausende jüdische Wohnungen und Geschäfte geplündert, zerstört und „arisiert“. 42 Synagogen und Bethäuser wurden in Brand gesteckt und verwüstet. Nicht nur in Wien, auch in den kleineren österreichischen Städten wie Innsbruck kam es zu blutigen Übergriffen. Zahlreiche Menschen starben in Österreich während des und nach dem Novemberpogrom an den Folgen der Mißhandlungen oder nahmen sich aus Verzweiflung das Leben.

6547 Jüdinnen und Juden wurden in Wien im Zuge des Novemberpogroms verhaftet, 3700 davon ins KZ Dachau deportiert. Und: Die jüdische Bevöl-

kerung wurde dazu verpflichtet für alle Schäden des gegen sie gerichteten Pogroms aufzukommen!

Das Novemberpogrom war der entscheidende Schritt, die begonnenen Entrechtungs- und Beraubungsmaßnahmen gegen Juden und Jüdinnen zu vollenden. Es war aber auch eine Art „Testlauf“ der Nazis, wieviel JüdInnenverfolgung der Bevölkerung zuzumuten sei, ohne daß es zu nennenswertem Widerstand dagegen kommt.

Der Aspangbahnhof

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann offiziell der 2. Weltkrieg in Europa. Zu diesem Zeitpunkt lebten noch etwa 70.000 Jüdinnen und Juden in Wien. Alle verbliebenen österreichischen Jüdinnen und Juden waren mittlerweile nach Wien geschickt worden. Dort lebten sie zusammengepfercht in Sammelwohnungen und -lager, unter schlechten Bedingungen und schlecht versorgt. Sie wurden registriert und mußten ab September 1941 einen gelben Davidstern tragen, wie auch die noch von Jüdinnen und Juden bewohnten Wohnungen mit einem solchen gekennzeichnet wurden, um den Behörden die Verfolgung bzw. Aushebung für die Deportationen zu erleichtern.

Die ersten Deportationen sollten noch dem zumindest vorgeblichen Ziel dienen, deutsche bzw. österreichische Jüdinnen und Juden in einem „Judenreservat“ in Polen anzusiedeln. Dieser Plan wurde aber nie verwirklicht.

Im Frühjahr 1941 forderte der neue Gauleiter von Wien, Baldur von Schirach, die Deportationen wieder aufzunehmen, um die verbliebenen jüdischen Wohnungen „freimachen“ zu können. Juden und Jüdinnen wurden erfaßt und registriert und in der Folge Listen für die Deportationen zusammengestellt.

Die Deportationen erfolgten vom Aspangbahnhof. Diese wurden zuerst mit normalen Personenwaggons der 3. Klasse, später dann mit Viehwaggons, durchgeführt und „nur“ von normaler Polizei bewacht, nicht von der SS. Zum einen wollten die Nazis wohl die Illusion einer „Auswanderung“ für die Betroffenen und die beobachtende Bevölkerung aufrecht-erhalten, zum andern rechneten sie nicht mit nennenswertem Widerstand durch die Betroffenen, weil viele der aus Wien Deportierten ältere Menschen bzw. Frauen waren. Die Opfer der ersten Deportationen im Jahr 1941 wurden auf die Ghettos im besetzten Rest-Polen aufgeteilt. Arbeitsfähige kamen meist in die Zwangsarbeitslager der SS. Die meisten dieser am Anfang 1941 Deportierten sollten im Frühjahr und Sommer 1942 „Auskämmaktionen“ der SS zum Opfer fallen oder wurden zusammen mit den polnischen Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager gebracht. Tausende österreichische Juden und Jüdinnen wurden in Lagern wie Maly Trostinez massenhaft erschossen oder in Gaswagen ermordet.

Später führten die Deportationszüge vom Aspangbahnhof in das Ghetto Theresienstadt in der Nähe



von Prag, von wo aus die Züge Richtung Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Auschwitz bzw. Auschwitz/Birkenau gingen, welche mittlerweile schon mit riesigen Gaskammern ausgestattet waren. Mit dem Zweck möglichst viele Menschen in möglichst kurzer Zeit und – für die Mörder – möglichst „schonend“ umzubringen.

Unterdessen wurden auch österreichische Roma und Sinti (sie wurden zuerst als „Asoziale“, später als „Zigeuner“ verfolgt) von der Kriminalpolizei bzw. Gestapo beraubt und in den Lagern Lackenbach/Burgenland, Maxglan/Salzburg und St. Pantaleon/OÖ interniert. Sie wurden immer wieder zu Zwangsarbeit herangezogen. Etwa 5000 Roma und Sinti, in der Regel ganze Familien, wurden 1941 in das Ghetto Lodz deportiert und letztlich im Vernichtungslager Kulmhof/Chelmo ermordet. Ein großer Teil der verbliebenen Roma und Sinti aus Österreich wurde nach Auschwitz/Birkenau gebracht und ermordet, nur wenige überlebten. Bei der Befreiung des Lagers Lackenbach durch die Rote Armee waren dort noch höchstens 400 Häftlinge.

Nach 40 großen und vielen kleineren Transporten aus Wien lebten von 200.000 österreichischen Jüdinnen und Juden 1945 noch etwa 5000 in Wien. Sogar noch in den letzten Tagen der Kämpfe um Wien verübte eine SS-Einheit ein Massaker an neun hier verbliebenen Juden.

15 bis 20.000 österreichische Jüdinnen und Juden, welche sich nach der Flucht in die Tschechoslowakei, nach Belgien und Frankreich schon in Sicherheit geglaubt haben, fielen nach der Eroberung dieser Länder durch die deutsche Wehrmacht ihren Mördern in die Hände.

6 Millionen europäische Juden und Jüdinnen sind der Shoa, auch „Holocaust“ genannt, zum Opfer gefallen, mindestens 65.500 davon stammten aus Österreich. Diese Zahl ist eine Mindestzahl, da viele Ermordete namenlos oder auch „staatenlos“ waren und deshalb nicht als österreichische StaatsbürgerInnen erfasst wurden. Von den 11 bis 12.000 österreichischen „Zigeunern“ wurden zwischen 1938 und 1945 schätzungsweise 9500 ermordet, etwa 2000 überlebten die Deportationen. Zudem sind zigtausende „Erbkranke“ (Behinderte), „Asoziale“, ZeugInnen Jehovas, ZwangsarbeiterInnen, Deserteure und „Wehrkraftzersetzer“, Homosexuelle, Kriminelle und politische GegnerInnen bzw. WiderstandskämpferInnen aus Österreich der Mordmaschinerie der Nazis zum Opfer gefallen.

„Wehret den Anfängen“

war jahrzehntelang unsere antifaschistische Losung vielfach über Parteigrenzen hinweg. Immer mehr stelle ich mir die Frage, ob wir diese Losung eigentlich noch aufrechterhalten können. „Wehret den Anfängen“, aber können wir noch von Anfängen reden?

Vor der Nationalratswahl im Oktober 2017 hat das Mauthausen Komitee Österreich für einen Zeitraum von rund viereinhalb Jahren insgesamt 68 rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern dokumentiert. Die FPÖ-Spitze reagierte nicht etwa betroffen, sondern scharf ablehnend der Dokumentation des MKÖ gegenüber. Ihr Versuch, die Glaubwürdigkeit des Mauthausen Komitees zu erschüttern, scheiterte aber blamabel. Als der oberösterreichische FPÖ-Nationalratsabgeordnete Gerhard Deimek die Dokumentation auf Twitter als „Fake und gelogen“ verunglimpfte, ging das Mauthausen Komitee rechtlich dagegen vor. Deimek konnte keinen einzigen konkreten Punkt nennen, in dem die Dokumentation unrichtig gewesen wäre. Er musste eine Unterlassungserklärung abgeben, auf Twitter einen Widerruf veröffentlichen und die gesamten Anwaltskosten des Mauthausen Komitees tragen. Uns wurde vielfach mitgeteilt, dass alles anders geworden ist – seit die FPÖ im Dezember 2017 Regierungsverantwortung bekommen hat. Eine neue Partei soll hier angeblich entstanden sein.

Fakt ist allerdings:

- Die Zahl der rechtsextremen Aktivitäten von FPÖ-Politikern hat stark zugenommen. Für das gute halbe Jahr seit Regierungsgründung waren es 38 sogenannte „Einzelfälle“. Von einer Mäßigung der FPÖ als Regierungspartei kann also keine Rede sein – ganz im Gegenteil!
- Auch die neuen Einzelfälle kommen auf allen Ebenen der FPÖ vor. Acht von 38 sind Mitgliedern der Parteispitze bzw. Mitgliedern der Bundesregierung zuzuordnen, vier weitere engen Mitarbeitern von FPÖ-Ministern.
- Der Antisemitismus in der FPÖ tritt wieder wesentlich offener zutage. 14 neue Einzelfälle haben antisemitische Bezüge.
- Die FPÖ zeigt weiterhin eine starke Nähe zur NS-Ideologie.

Die demokratischen Kräfte in Österreich und in Europa sollten der Wahrheit ins Auge sehen. Jener Wahr-

heit, die FPÖ-Generalsekretär und EU-Abgeordneter Harald Vilimsky im Jänner 2018 ausgesprochen hat: „Wir bleiben auch in der Regierung dieselbe Partei, nicht willens, von unseren Positionen abzurücken.“

Ich glaube es wäre viel zu eng die Frage des Rechtsextremismus, der Demokratiefeindlichkeit und des Antisemitismus nur auf die FPÖ zu konzentrieren. Aber die FPÖ ist wie sie ist. Jeder, der sich mit der FPÖ beschäftigt hat, weiß wie die FPÖ tickt und welche Menschen in ihr aktiv sind. Ich bin davon überzeugt, dass viele Wählerinnen und Wähler der FPÖ, würden sie mit diesen Menschen Kontakt haben, die FPÖ nicht mehr wählen würden. Aber wo bleibt der Aufschrei der Bürgerlichen? Wo bleibt der Aufschrei der Christlich/Sozialen in der ÖVP? Wo bleibt die ehrliche und ernsthafte Abgrenzung der Antifaschisten auf konservativer Seite? Was wir hier feststellen können ist Schweigen und manchmal sogar Verharmlosung. „Wehret den Anfängen“ – wir sind weit über den Anfängen hinaus. Wenn ich beim Gedenkstein vor dem ehemaligen Aspangbahnhof, am Platz der Opfer der Deportation stehe, dann stelle ich mir die Frage: Was würden diese Menschen die hier deportiert wurden wohl von uns verlangen? Was würden sie mit Recht einfordern? Und ich denke, es ist unter anderem unser Widerstand gegen Rechtsextremismus heute. Unsere Zivilcourage und unser Eintreten für die Demokratie. Dafür müssen wir aufstehen. Dafür müssen wir eintreten, das sind wir den Opfern verpflichtet.

Willi Mernyi

Vorsitzender Mauthausen Komitee Österreich

